

# Lodzer Streie Presse.

Anzeigenpreis: Die siebenseitige Nomparsellenzelle 40 Pf. — Rückblatt 50 Pf.  
Die vierseitige Nellans-Patente 2 Mt. — Für Platavorlässtien Sondertarif  
Anzeigenannahme bis 7 Uhr abends.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag: mittags. Sie kostet  
in Lodz und Umgegend wöchentlich 1 Mark 50 Pfennige, monatlich 60 Mark,  
bei Postversand Mt. 1,75 bzw. Mt. 7.—

Nr. 89

Christleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

## Die Frage der Landung der Armee Haller in Danzig.

Das Ultimatum Audants und die deutsche  
Antwort.

Wir haben bereits gemeldet, daß in der Frage des Durchmarsches der Armee Haller durch Danzig ein Notwechsel zwischen Audant und Erzberger stattgefunden hat. Das Wollfshko bringt den Wortlaut dieser Noten.

Am 26. März abends ging dem Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa folgende Note des französischen Vorsitzenden, des Generals Audant, zu:

"In Übereinstimmung mit der Entscheidung des Obersten Kriegsrates der alliierten und assoziierten Regierungen wird General Audant in Ausführung der Klausel 16 des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 fordern, daß die Deutschen gestatten, daß die Armee des Generals Haller, welche ein Teil der alliierten Armeen ist, durch Danzig in Richtung auf Polen frei durchmarschiere mit dem Zweck, dort die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Deutschen werden sich weiterhin verpflichten, alle Erleichterungen für die vorübergehenden Einrichtungen jeder Art zu geben, die für die durch diesen Hafenplatz marschierenden Truppen notwendig sind. Jede Weigerung, diesen Forderungen zu entsprechen, wird als ein Bruch des Waffenstillstandes durch die Deutschen angesehen werden. Infolgedessen bitte ich Sie, von der deutschen Regierung die Befehle zu verlangen, die nötig sind, um die Art und Weise der Ausführung dringendst und auf Grund gegenseitigen Vertritts zu regeln." ges. Audant."

Die Antwortnote der deutschen Regierung wurde nach eingehender Beratung im Kabinett und unter Beziehung der Parteiführer der Nationalversammlung fertiggestellt. Sie hat folgenden Wortlaut:

"Gemäß Artikel 16 des Waffenstillstandevertrages vom 11. November 1918 hat sich die deutsche Regierung verpflichtet, den Alliierten freien Zugang über Danzig und die Weichsel zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Gebieten des ehemaligen russischen Reichs zu gewähren. Bei Abschluß dieses Vertrages gingen wir jedenfalls davon aus, daß es sich nur um freien Durchzug für alliierte Truppen handeln könnte, nicht aber um polnische. Die deutsche Regierung hat sich nicht verpflichtet, freien Zugang für eine polnische Armee über Danzig durch Westpreußen zu geben. In dieser Aussicht sieht die deutsche Regierung sich bestärkt durch die bekannten Befehle bei der Gewährung freien Gleis für den polnischen Ministerpräsidenten Paderewski. Herr Paderewski hat unter grober Verleumdung der gewährten Gutsfreundschaft auf deutschem Boden in Posen das Zeichen zum Aufruhr und Bürgerkrieg gegeben. Bei seiner Anwesenheit in Danzig im Dezember 1918 sagte er: 'Wenn die polnischen Divisionen aus Frankreich und Italien erst einmal in Danzig sind, so werden Danzig und ganz Westpreußen polnisch werden.' In der gesamten polnischen Distanzlichkeit wird auch die Armee Haller als polnische Armee bezeichnet. Seit dem Abschluß des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 hat sich zudem die Gesamtlage in Posen, Westpreußen und Danzig völlig verändert. Es würde nach den bekannten Vorgängen in Posen durch eine Landung polnischer Truppen in Danzig die Ordnung in Westpreußen außer schwere gefährdet werden. Niemand kann die Verantwortung übernehmen, daß die polnische Minderheit in Westpreußen ruhig bleibt, wenn die Armee Haller in Danzig landet. Nach den der deutschen Regierung täglich zugehenden zahlreichen Kundgebungen der deutschen Mehrheit in Westpreußen muß aber auch damit gerechnet werden, daß die deutsche Mehrheit gegenüber polnischen Angriffen gewaltigen Widerstand leisten wird. Heute herrscht in diesen Gebieten Ruhe und Sicherheit, wenn aber die geforderte Landung nach dem heutigen Stand der Dinge zum blutigen Kampf in diesen Gebieten führt, so wird außerdem die deutsche Front gegen den russischen Bolschewismus gefährdet. Die geringen deutschen Kräfte, welche die Sowjettruppen zurückhalten, hätten dann im Rücken gleichfalls den Feind und würden zwischen zwei Feuer geraten. Dem Bolschewismus ist dann der Weg wiederholt. Unter dem Datum des 7. März teilte

nach Westpreußen und Polen frei. Die deutsche Regierung kann nach eingehender Prüfung eine Maßnahme nicht verantworten, die ohne Schaffung ausreichender Garantien den Bürgerkrieg im eigenen Land hervorrufen muß. Dagegen ist die deutsche Regierung nach wie vor bereit, die Landung der Armee Haller in Stettin, Königsberg, Memel oder Libau mit allen Mitteln zu erleichtern und dadurch die Absicht der Alliierten, die Ordnung in Polen aufrechtzuerhalten, mit allen Kräften zu unterstützen. Die deutsche Regierung erklärt sich ausdrücklich bereit, alle Einrichtungen für die rasche Landung und die Durchreise der Armee Haller nach Polen zu gewährleisten. Diese Wege führen auch eisenbahntechnisch schneller und ohne jede Störung der Lebensmittelzufuhr nach Polen zum Ziele. Um die in der Note von Marschall Foch gewünschten Vollmachten zur Regelung der Art und Weise der Ausführung der Landung auf Grund gegenseitigen Vertritts erteilen zu können, eracht die deutsche Regierung um alsbaldige Mitteilung über folgende Punkte:

1. Zusammensetzung der Armee des Generals Haller und Stärke derselben. 2. Zeitpunkt der Landung der Armee Haller. 3. Angabe der Zeitdauer der Durchbeförderung der Armee Haller bis nach Polen. 4. Welche Gewalt können die alliierten und assoziierten Mächte dafür bieten, daß nicht die Armee des Generals Haller oder ein Teil derselben sich an politischen Kundgebungen oder an etwaigen Aufständen der polnischen Minderheit nach dem Vorgang bei der Anwesenheit des polnischen Ministerpräsidenten Paderewski in Polen beteiligt oder solche mit Sicherheit zu erwartenden bedauerlichen Ereignisse vorstellt? ges. Reichsminister Erzberger".

## Um Polens Grenzen.

Generalstabssbericht vom 29. März.

**Galizische Front:** Bei Lemberg ist die Lage unverändert. Südlich der Bahnhöfe Lemberg—Przemysł schwache Tätigkeit der Artillerie und Patrouillenengpasse vor unseren Stellungen. In der Umgegend von Nowe Miasto wiesen unsere Wachen einen Angriff der Ukrainer ab. Bei Komorowice besetzten unsere Abteilungen Dydo, Ukrainsche Batterien beschossen unsere Stellungen bei Wiszka. Das Feuer unserer Artillerie verteilte einen sich entwickelnden feindlichen Angriff auf Majdan (10 Kilometer südlich von Wiszka).

**Wohlhynische Front:** Die durch frische Truppen verstärkte Ukrainer griffen erneut unsere Stellungen am Stochod bei Swidniki an. Im Gegenangriff waren unsere Abteilungen den Feind über den Stochod zurück. Im Kampf zeichnete sich das 3. Bataillon des Kalischer Infanterieregiments unter der Führung von Hauptmann Rogowski und einer der Bataillone des 8. Feldartillerieregiments aus, dessen Führer, Unterleutnant Balawaski, in diesem Kampf fiel.

**Italienisch-weißrussische Front:**

Nach Kämpfen an der Dzitwa verdrängten unsere Abteilungen den Feind in der Richtung auf Lida.

Unsere Truppen besetzten die Brücken über den Niemen und der Dzitwa bei Sielce, Domz und Myt.

Es wurden einige zehn Gefangene gemacht, darunter der Führer eines der bolschewistischen Regimenter zusammen mit dem Stab.

In Vertretung des Generalstabschefs

Haller, Oberst.

Die Schuld am Weltkriege.

Der deutsche Vorschlag, nach dem die Frage der Schuld am Weltkrieg durch eine neutrale Kommission unter Benutzung der Archive aller beteiligten Mächte untersucht werden sollte, ist von der Entente abgelehnt worden. Die deutsche Regierung ist trotzdem entschlossen, die Verantwortlichkeit der in Frage kommenden deutschen Persönlichkeiten durch einen Staatsgerichtshof festzustellen zu lassen. Dieser Gedanke, der ursprünglich von verschiedenen Seiten bekämpft worden war, hat sich jetzt endgültig durchgesetzt.

Bereits im November 1918 hatte die deutsche Regierung durch Vermittlung der schweizerischen Regierung der Entente vorgeschlagen, zur Feststellung der Schuld am Kriege eine internationale Kommission einzusetzen, da eine Antwort auf diesen Vorschlag nicht erfolgte, wurde er im Januar wiederholt. Unter dem Datum des 7. März teilte

die schweizerische Regierung der deutschen Gesandtschaft in Bern mit, daß sie von dem britischen Gesandten folgende Mitteilung erhalten habe: "Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß die Regierung Seiner Majestät der Meinung ist, daß es unnötig sei, auf den deutschen Vorschlag irgendeine Antwort zu geben, da nach der Meinung der verbündeten Regierung die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst unzweifelhaft festgestellt ist."

Die deutsche Regierung hat daraufhin der schweizerischen Regierung durch die deutsche Gesandtschaft in London folgende Note zustellen lassen: "In Beantwortung des Schreibens vom 7. März bittet die deutsche Gesandtschaft das schweizerische politische Departement, durch Vermittlung der schweizerischen Gesandtschaft in London der britischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, daß die deutsche Regierung gegen die in dem Schreiben der britischen Regierung wiedergezeigte Auffassung der Alliierten nachdrücklich Bewahrung eingelegt. Wenn in diesem Schreiben erklärt wird, der deutsche Vorschlag auf Einsetzung einer neutralen Kommission zur Beurteilung der Frage der Schuld am Kriege bedürfe keiner Antwort, weil die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst unzweifelhaft festgestellt sei, so müssen sich die Alliierten ja, Kämpfer und Richter zugleich zu sein, und zwar in einer Sache, in der sie zum Teil gleichfalls der Schuld gezwungen werden, Deutschland kann einen Urteilspruch in dieser Frage nur anerkennen, wenn er von einer Stelle ausgeht, der das gesamte Material beider Parteien zur Verfügung steht, und die in der Sache ist, die nötigen Beweise durch Urkunden und Zeugen in voller Offenheitlichkeit zu erheben."

## Der revidierte Völkerbundervertrag.

Präsident Wilson hat folgende Erklärung veröffentlicht:

Im Hinblick auf die sehr überraschende Ansicht, die in manchen Kreisen zu herrschen scheint, daß es die Diskussionen der Kommission für den Völkerbund sind, die die Endformulierung des Friedensvertrages verzögern, ergreife ich sehr gern die Gelegenheit, um mitzuteilen, daß die Beschlüsse dieser Kommission als erste der Plenarkonferenz vorgelegt wurden. Sie wurden am 14. Februar veröffentlicht, und die Welt selbst hatte einen Monat Zeit, um den damals vorgelegten Völkerbundentwurf in allen Einzelheiten zu besprechen.

Während der letzten Tage ist die Kommission bemüht gewesen, aus den Kritiken, die die Veröffentlichungen des Völkerbundvertrags hervorgerufen haben, Nutzen zu ziehen. Ein Komitee

der Kommission hat auch den Vorschlag gehabt, eine Konferenz zwischen Vertretern der neutralen Nationen abzuhalten, die ein sehr tieggehendes Interesse und den wohl einstimmigen Wunsch bezogenen, sich auf den Völkerbund einzustellen.

Der revidierte Völkerbundvertrag ist jetzt so gut wie fertiggestellt. Er befindet sich in den Händen eines Komitees, das die Aufgabe hat, den Entwurf fertigzustellen, und wird sogleich der Öffentlichkeit ein zweites Mal vorgelegt werden. Die Konferenzen der Kommission haben ausnahmslos zu Seiten stehengeblieben, wo sie auf die Verhandlungen derjenigen, die es auf sich genommen haben, die endgültigen Beschlüsse der Konferenz mit Rücksicht auf die vielen anderen komplizierten Friedensprobleme zu formulieren,

sich förmlich einzumischen, so daß die Mitglieder der Kommission sich zu der Tatsache Glück wünschen, daß kein Teil ihrer Konferenzen je irgendeine Art von Verzögerung bewirkt hat.

## Die deutsch-französische Grenze.

Paris, 30. März. (P. A. T. Havasdepesche.) Der Rat der Verbündeten prüft die Frage der französisch-deutschen Grenzen. Frankreich verlangt die Wiederherstellung der Grenzen vom Jahre 1814 sowie das ganze Gebiet von Bris. Der deutsche Bevölkerung wird politische Autonomie gegeben werden. Der Rhein bildet die natürliche Grenze Frankreichs, sodaß die Deutschen auf dem linken Rheinufer weder Befestigungen noch strategische Bahnen haben werden.

Pariser Blätter melden, daß der Rat der Bier in sehr verjährlichen Geiste die überaus ernste Frage beraten habe, die die deutschen Grenzen betrifft. Man soll bereits zu Ergebnissen gelangt sein. Die territorialen Fragen, die mit der Sicherheit Frankreichs verbunden sind, wurden in befreidigender Weise gelöst.

## Weichstag.

(21. Sitzung).

Die Sitzung wird um 10½ Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Aussprache über den Wiederaufbau von Kalisch. Abg. Radziwillski beantragt den Antrag. Die Verwaltung der Stadt Kalisch ist ein Verbrechen, das in der Geschichte nicht seinesgleichen findet. Bei den durch Major Preußler verursachten Verwüstungen seien 1200 Menschen umgekommen und 30 Prozent der Häuser vernichtet worden. Redner zitiert den Brief eines Vertreters der deutschen Behörde an den Warschauer Generalgouverneur, in dem die Schuld in dieser Angelegenheit dem Militär beigegeben wird. Redner führt weiter aus, daß Material zum Aufbau vorhanden sei. Es gäbe dort auch viele Arbeitslose. Die Arbeiten haben schon während der deutschen Okkupation begonnen und das Material verderbt gegenwärtig. Der Wiederaufbau müsse ein vorteilhafter Kredit eingerichtet werden. In dem Antrag wird auch zum Wiederaufbau anderer vernichteter Städte und Städten des Landes aufgefordert. Der Antrag wird ohne Debatte angenommen. Auch ein Antrag betreffend die Jagiellonica Universität findet Annahme.

Sodaun beantwortet Minister Pruchnik in langer Rede die Interpellation des Abg. Klempiewicz über die öffentlichen Arbeiten. Er weist darauf hin, daß besonders in den Industriezentren die Zahl der Arbeitslosen bedeckt sei. So zähle Warschau 80 000 Arbeitslose. Es werde geplant, einen Kanal zu bauen, der den Dunajec mit der Oder verbindet soll. Auch in Lodz sei es schwierig Arbeit zu finden, obwohl dort die Verhältnisse günstiger seien. Der Bau einer Eisenbahn Lodz—Bielany—Lutino sei beschlossen. Die Regierung werde auch bald Arbeiten zum Wiederaufbau des Landes in Angriff nehmen lassen, ferner projektiere sie andere Kanäle, Hafenbauten und dgl.

Der Minister für Arbeitsschutz Jaworski beantwortet die Interpellation des Abg. Sykorkowski in Sachen der Arbeitslosenunterstützung. Anfangs wurden zur Unterstützung der Arbeitslosen 20 Millionen Mt. aufgewandt. Im Voranschlag für das gegenwärtige Jahr wurden zu diesem Zwecke 100 Millionen Mt. bestimmt. Die Zahl der Arbeitslosen sei von 150 000 auf 277 000 gewachsen, die mit ihren Familien 330 000 Personen betragen. Es erhielten Unterstützungen durch Vermittlung des Arbeitsministers 240 000 Familien d. h. 625 000 Personen. Bereits Mitte Januar wäre es klar geworden, daß es unmöglich sei, diese hohen Ausgaben zu bestreiten, deshalb mußte der Voranschlag von 100 Millionen auf 60 Millionen gekürzt werden. Der Kongress der Kommissare für allgemeine Fürsorge teilte fest, daß die Auszahlung von Unterstützungen unliebsame Folgen nach sich ziehe. In großen Städten konzentrierten sich Arbeitslosigkeit aus den Dörfern. Einige Kategorien von Arbeitern, die niedrig bezahlt wurden, wie die Hausbedienten, verließen ihre Stellungen. Der geringe Unterschied zwischen dem Verdienst eines unqualifizierten Arbeiters von 10 M. und der Unterstützung von 7 M. täglich konnte diese nicht zur Arbeit anspornen. Deshalb beschloß der Kongress, daß die Geldunterstützungen durch Lebensmittelunterstützungen ersetzt werden müssen und daß die Unterstützung bis auf 2 M. für die Person und 5 M. für die Familie erhöht werden müsse. Was die Verspätung in der Auszahlung der Unterstützungen anbelangt, durch die hauptsächlich der Lodzer Bezirk berührt wurde, so sei sie durch den Geldmangel im Staatskästchen hervorgerufen worden, der vom 27. Januar bis zum 17. Februar dauerte. Die Auszahlung der Unterstützung habe aber nirgends aufgehört, sie sei nur zeitweilig in kleineren Städten erfolgt. Gegenwärtig ist bis auf eine Kleinigkeit alles nachgezahlt. Das radikalste Hilfsmittel wäre die Wiederbelebung der Industrie. Wenn es uns gelänge, die Hüttenindustrie in Betrieb zu bringen und die im Czestochauer Bezirk gewonnene Erze verarbeiten. Nach der Wiederbelebung der Metallindustrie kann man dann zum Bau der vernichteten Brücken, der Wagons usw. schreiten. Ebenso ist auch von größter Wichtigkeit für unsere Industrie, daß wir Danzig erhalten. Wir könnten dann Kohle ausführen und Rohstoffe einführen. Wir sind das

einzig Land auf der ganzen Erdkugel, das einen Überschuss an Kohle hat, aber das ist eben das tragische, wir können sie nicht exportieren. (Zurufe: Und außerdem frieren wir.) Vorläufig arbeitet das Ministerium für Arbeitsschutz im ständigen Kontakt mit dem Ministerium für öffentliche Arbeiten und verschafft jedem, dem es möglich ist, Arbeit.

An diese Antwort des Ministers schließt sich eine Kritik. Abg. Woszkiwicz meint darauf hin, daß die Zahl der Arbeitslosen in Kongress-Polen bereits eine Million betrage und nur deshalb sei der Bolschewismus eine drohende Gefahr. In Lódz sind 150.000 Arbeitslose und die öffentlichen Arbeiten beschäftigen davon nur 1000. Unter solchen Bedingungen müssen die Unterstützungen an erste Stelle treten. Man hätte diese nicht fürchten sollen. Die Verzögerung der Auszahlung der Unterstützungen und die Verziehung von einer Woche auf die andere, mache die Leute reizen. Man muß die Freude der kommunistischen Agitatoren besiegen haben, um zu verstehen, wohin eine solche Taktik führen kann. Die Kürzung und Verzögerung der Auszahlungen habe in Lódz auch einen politischen Beigeschmack. Eine Woche vor den Wahlen in Lódz wurde erklärt, daß keine Unterstützungen ausgezahlt werden würden. Dasselbe Spiel wiederholte sich nach einem Monat, als die Wahlen der Stadtvertreter stattfanden. Der Sejm habe bis jetzt nichts für den Arbeiter getan. Sozialer für Dienst und Dienst für die Landleute wurde bewilligt, aber zur Besserung der Lage der Arbeiter wurde in diesen 8 Wochen nichts getan. Nur die Regierung wird sich am Ruder erhalten, die die Aufgabe der Arbeit und des Brotes lösen wird. (Beifall.)

Hierauf wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Montag.

## Lofales.

Lódz, den 31. März

**Versöhnliches.** In Lódz traf gestern das Mitglied der amerikanischen Mission für Polen Major Kosz zu Inspektionszwecken ein.

Der Kurchengesangverein der St. Josaphat-Gemeinde veranstaltete Sonntagsabend in seinem in der Narutowitschstraße belegenen Vereinslokal für seine Mitglieder und deren Angehörige einen Unterhaltungsabend, der zahlreich besucht war. Da das Lokal jetzt entsprechend erweitert ist, konnten alle Besucher Platz finden. Hat es schon fehler mit seinen zahlreichen elektrischen Lampen und seinem Schmuck einen sehr geselligen Eindruck gemacht, so ist dies jetzt nach der gründlichen Auffrischung noch viel mehr der Fall. Das der rührige Verein nicht nur das deutsche Lied, sondern auch die Geselligkeit zu pflegen versteht, bewies die gestrige Veranstaltung, zu der eine reichhaltige und gute Vortragsfolge vorbereitet hatte.

Der Abend wurde vom Vorstand Herrn Oskar Strauch mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet, worauf der jetzt aus über 60 Sängern bestehende Chor unter der Leitung seines Dirigenten Herrn Alexander Tärner stimmgewollte Lieder in vorzülicher Weise vortrug. Auch die später von dem Chor noch vorgetragenen Lieder lösten bei den Zuhörern reichen und wohlverdienten Beifall aus. Der stets gern gehörte Herr Robert Bräutigam wartete mit einigen Gedanken auf. Einen künstlerischen Genuss boten die Vorträge des aus Cello, Klavier, Harmonium und zwei Violinen bestehenden Quintette unter der Leitung des Herrn Tärner. Viel Heiterkeit erzeugte ztl. Amt und Herr Schulz mit einem Vortrag und Herr Holtmann als Gast. Die Gemillichkeit hatte Wohnung genommen in den Räumen des „Johannitvereins“, so daß die Gäste auch noch Erholung der Vortragsfolge bei Speise und Getränk besaßen blieben. Beim Abschied wurde der rührige Vereinsleiter für die schönen Stunden Dank und Anerkennung ausgedragen.

Die erste Sitzung des neuen Magistrats. Heute findet die erste Sitzung des Magistrats in seinem neuen Sitzende statt.

**Die Schwester ermordet.** Vor einigen Tagen spielte sich im Dorfe Duży Przytak bei Rogow in der Familie des Landmanns Kwiatoś ein trauriges Drama ab. Der Haushalt wollte von seiner Schwester Geld haben; sie verweigerte es ihm. Als sie abends von Bekannten nach Danzig ging, erschlug der Wütende sie aus Rache und legte ihre Leiche unter einen abseits

liegenden Felsbirnbaum. Nach vollbrachter Tat floh der entartete Bruder.

3½ Psd. Weizenbrot, 2½ Psd. amerikanisches Weizengemehl, 2 Psd. Roggenbrot. Auf Anordnung des Versorgungsministeriums gibt das Brot- und Mehlsortenkomitee bekannt, daß die Brotkarte der 99. Serie zum Erwerb folgender Lebensmittel berechtigt: 3½ Psd. Weizenbrot aus amerikanischem Mehl auf Grund des einpfändigen Mehlschnittes; 2½ Psd. amerikanisches Weizengemehl auf Grund des dreipfändigen Mehlschnittes; 2 Psd. Kornbrot auf Grund der beiden zweipfändigen Abschnitte, für jeden Abschnitt ein Pfund; eines Pfundes Zucker für die Guckerkarte. Der Abschnitt für ein halbes Pfund Brot ist ungültig.

**Arbeiterrat.** Die nächste Versammlung der Delegierten des Arbeiterrats wird am 3. April stattfinden.

**Raubüberfall.** Am Sonnabend um 9 Uhr abends, als der Besitzer einer Milchhandlung Eißl Markiewitsch, sowie Frau und ein Dienstmädchen sich in der Wohnung in der Hgierskastraße 44 befanden und die 950 Mark nachzählten, die ihnen ein Kaufmann gebracht hatte, drangen 2 unbekannte mit Revolvern bewaffnete Personen in die Wohnung, von denen einer maskiert war. Sie verlangten Geld. Als sie die 950 Mark auf dem Tisch liegen sahen, nahmen sie das Geld an sich und forderten von Markiewitsch noch mehr Geld. Inzwischen gelang es dem Dienstmädchen, welches die Banditen nicht beneckt hatten, auf den Hof hinauszulaufen und Lärm zu schlagen. Die Banditen zogen es daher vor, zu flüchten. Vor Schreck fiel die Frau Markiewitsch in Ohnmacht.

**Neuer Schnee.** Nachdem es ein paar Tage so ausgesehen hatte, als ob es doch noch Frühling werden sollte, ist jetzt neuer Schneefall eingetreten. Der starke Wind, der gestern tagsüber wehte, hat ihn hergetrieben. Da half auch der prächtige Frühlingsabend nicht, der gestern „ganz Lódz“ in die Petrikauer Straße lockte.

**Verhaftete Drückeberger.** Wegen Nichtstellung zur Aushebung wurden Baruch Moritz, Benjamin Kohn und Abram Silberstein verhaftet.

**Kleine Nachrichten.** Gestern frank in der Przemyslanastraße 31 eine Frau in schlesischer Absicht Tod. Der Arzt der Unfallrettungsstation erteilte der Lebensmüden die erste Hilfe. — In der vorigestrigen Nacht drangen noch unermittelt gebliebene Diebe beim Kaufmann Moritz Puzmann in der Poludniowastr. 18 durch eine in der Decke gemachte Öffnung in das Warenlager ein und raubten Stoffe im Werte von 50 000 M.

## Theater und Konzerte.

**Thalia-Theater.** Uns wird geschrieben: Gestern abends 7 Uhr wird Sudermanns „Heimat“ zum letzten Male zu 5 Einheitspreisen gegeben. Magda Adele Hartwig-Baiermann, Keller — Walter Baiermann. Am Dienstag, abends 7 Uhr, geht Goethes „Egmont“ zum 6. Male mit der berühmten Muße von Beethoven in Szene. Verschloßenes Orchester, Leitung des Musikdirektors Bronisław Schulz. Zu beachten: Amphitheater, 2. Parterre, wird nur vormittags von 11—12 Uhr verkauft, alle anderen Plätze in den übrigen Kassenstunden.

## Bvereine und Versammlungen.

Der neuerrichtete Verein der Musikknechte wurde bereits im Grand-Hotel (Eingang Kratzkstr.) einsetzt.

**Lehns- und Sparkassengesellschaft.** Gestern nachmittag 4 Uhr fand im eigenen Lokale, Sienkiewicza 21, die Jahresgeneralversammlung der Repräsentanten der Gesellschaft statt. Sie wurde vom Vorsitzenden der Versammlung, Herrn L. Skłodowski, eröffnet. Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde Herr Czesław Wojeckiewicz berufen. Herr Skłodowski verlas den Rechenschaftsbericht für 1918, welchen wir folgendes entnehmen:

Die Gesellschaft mache keine Finanzgeschäfte, sie zog nur die rückständigen Darlehen und Rätsen ein.

Das eingezogene Geld wurde an die Spare ausgeschüttet. Mit den eingezogenen Rätsen wurde der Heißbetrag vom vorigen Jahre (41 000 M.) getilgt. Um Darlehen verblieben bei den Mitgliedern 788 086 Mbl., die Sparzinsen betrugen 737 603 Mbl. Die Gesellschaft hält ein Grundstück, das einen Wert von 223 000 darstellt. Das Reservkapital in der Russischen Reichsbank beträgt 12 287 Mbl., die Anteile der Mitglieder betragen 307 207 Mbl.

Der Jahresbericht sowie der Haushaltssatz für das laufende Jahr in der Höhe von etwa 140 000 M. wurde von der Generalversammlung bestätigt. Die Generalversammlung beschloß, an jedes Mitglied der Versammlung und des Ausschusses 15 M. für jede Sitzung auszuzahlen, was für das laufende Jahr gegen 2000 M. und für das vorige Jahr 2000 M. ausmacht. Ansätze des zurückgetretenen Vorsitzenden des Ausschusses

Rechtsanwalt Filipowski, des verstorbenen Mitgliedes des Rates Szwarcza und des ausgeschiedenen Herrn Szymański wurden die Herren Dr. Mittelstaedt, Franciszek Broniszki und A. Szymański gewählt. Die ausgeschiedenen Mitglieder der Verwaltung L. Skłodowski, M. Machiewicz und Jan Frankowski wurden wieder gewählt. In die Revisionskommission wurden die Herren St. Bielecki, J. Feja und W. Stempowski berufen. Auf Antrag des Herrn Szepien ernannte die Generalversammlung die Verwaltung aus den Mitteln der Gesellschaft 2000 M. an den Hilfsverein für den polnischen Soldaten auszuzeichnen.

Der Verein deutschsprachiger Meister und Arbeiter hielt am Sonntag nachmittag in seinem Lokale in der Andrzejstraße 19 eine Hauptversammlung seiner Mitglieder ab. Die Sitzung wurde um 8 Uhr von Herrn Adolfo Majer mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet. Zum Vorsitz der Versammlung wurde einstimmig Herr Richard Sichler gewählt, der zu Besuchern Herr Adolf Müller und Ludwik Quirian und zum Schriftführer Herrn Leon Pulgrabiab berief. Zunächst gelangte der Rechenschaftsbericht für die Zeit vom 1. März 1914 bis 1. Februar 1918 zur Verleistung. Er wurde angenommen. Es wurde beschlossen, das gegenwärtige Vereinslokal bis auf weiteres zu behalten. Darauf vorgenommene Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Gewählt wurden folgende Herren: zum Vorsitzenden des Vereins Adolfo Majer; zum Stellvertretenden Vorsitzenden Richard Sichler; Kassier Gustav Kardinal; Schriftführer Leon Pulgrabiab; als Verwaltungsmitglieder Ludwig Ille, Julius Hardean, Albert Ehrentraut, Otto Hanisch und Karl Köppler; in die Revisionskommission Ludwig Quirian, Bruno Meissner und Hermann Minor; als Wirt Wilhelm Lange. Die Hauptversammlung beschloß hierauf den von der Verwaltung in der Sitzung am 24. November v. J. gefassten Beschluß betreffs der Regelung der Beitragssummen. Ein Mitglied der ersten Sitzung wird jezt 1 Mark Eintrittsgebühr und 25 Psz. wöchentlichen Beitrag zahlen und hierfür im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit 4 Mark Unterstützung wöchentlich erhalten; 2. Stufe: 2 Mark Eintrittsgebühr, 50 Psz. Wocheneintritt und 6 Mark wöchentliche Unterstützung; 3. Stufe: 3 Mark Eintrittsgebühr, 75 Psz. Wocheneintritt und 8 Mark wöchentliche Unterstützung; 4. Stufe: 4 Mark Eintrittsgebühr, 1 Mark Wocheneintritt und 12 Mark wöchentliche Unterstützung. Die Versammlung bewilligte die neu gewählte Verwaltung, zur Stärkung des Vereinsmittel Anteilschein zu 10 Mark auszugeben, die vom Vorsitzenden, Kassier und Schriftführer zu unterzeichnen sind. Den Mitgliedern wurde bekannt gegeben, daß bei Nichtzahlung von drei Tagen in die Beerdigungskasse keine Unterstützung gewährt wird. Die Sitzung wurde hierauf um 4½ Uhr geschlossen.

**Aus der Umgegend.**

**Bezegny.** Kreisanleihe. Der Kreistag hat beschlossen, bei der Regierung eine Anleihe von etwa 4 Millionen Mark zur Ausführung von öffentlichen Arbeiten im Bezirkskreise aufzunehmen.

## Aus dem Reiche.

**Warschau.** Kościuszko-Denkmal. Auf der am Sonntag stattgefundenen Kościuszko-Feier teilte Herr Adolf Suligowski mit, daß eine Reihe von Spendensammlungen 187 000 Mark zur Errichtung eines Kościuszko-Denkmales in Warschau ergeben haben.

**Eisenbahngesellschaft.** Am Sonntag um 1/11 Uhr abends fuhr auf der Station Pomiechów vor Mława ein Güterzug, trok des Warnungssignals, mit Vollamps durch und stieß an der Ausgangsweiche vor der Brücke auf den von Warszau kommenden Personenzug auf. Infolge des Zusammenstoßes wurde ein Schaffner des ersten Zuges, Josef Wesołowski, getötet. Schweren Verletzungen trugen davon: der Zugführer, der Wärter eines Viehwaggons sowie dreizehn Personen vom Lokomotiv- und Schaffnerpersonal. Von dem aus Mława kommenden Zug, der die Katastrophe herbeigeführt hat, wurde die Lokomotive und mehrere Waggons beschädigt; von dem Warschauer Zug wurden die Lokomotive und 15 beladene Güterwaggons zertrümmer. Auf einer ganzen Strecke wurde das Bahngleis und ein kleiner gemauertes Häuschen zerstört. Die Verletzten wurden in das Militärhospital gebracht. Reisenden, die mit dem Warschauer Zug fuhren, blieben unverletzt.

**Radom.** Kamps zwischen Volksmiliz und Militär. Aus amtlicher Quelle berichtet der „Gloss Polski“: Auf der Station Bagodzien der Radomier Strz. Eisenbahn bemühtigten sich Mitglieder der Volksmiliz des Vermögens der Bahn. Aus Radom wurden der Gendarmerie zehn Soldaten zu Hilfe gesetzt, die die Sachen zurücknahmen und die Täter zur Verantwortung ziehen sollten. Am 26. d. M. traf in Demblin die Nachricht aus Bagodzien ein, daß dort aus Koziennie 50 Volksmilizianer eingetroffen sind, um die Gendarmerie und die aus Demblin abgeschickten Soldaten zu entwaffnen. Auf diese Nachricht hin wurden auf einer Lokomotive weitere Verstärkungen nach Bagodzien geschickt. Der Führer dieser Hilfsgruppe fand in Bagodzien die

Volksmiliz vor, die die Gendarmerie und Soldaten bereits entwaffnet hatte und einige von ihnen erschossen wollten. Als die Volksmiliz dem Militär gegenüber eine feindselige Haltung einzunehmen drohte, stürzte sie dieses das in der Nähe der Station gelegene Dorf, in dem sich die Volksmiliz festgesetzt hatte. Nach einem Feuergefecht wurde das Dorf besetzt und die gefangenen Soldaten und Gendarmen befreit. 18 Volksmilizianen wurden entwaffnet und nach Demblin gebracht, wo sie wegen dem Anschlag auf das Militär dem Gericht übergeben wurden. Menschen sind diesem Vorfall zum Glück nicht zum Opfer gefallen.

**Włocławek.** Anschlag auf einen Eisenbahnzug. Am 26. März gegen 8 Uhr nachmittags begann eine aus mehreren Personen bestehende Menschenmenge auf dem Bahnhofe nach Süden und Norden zu laufen. Aus einem Waggonwagen wurde ein Gesäßstück mitgenommen. Die Bahnhawche entfernte die Menge. Gleichzeitig forderten die Arbeiterdelegierter, daß die Expedition die Einladung von Mehl in Posen zu 25 Psz. aufheben soll. Da man annahm, daß die Menge von neuem in den Bahnhof eindringen werde, wurde die Regierungskommission in Włocławek um Hilfe gebeten.

## Letzte Nachrichten.

Noch keine Entscheidung in der Danziger Frage.

**Paris, 30. März.** (P. A. T. Havasdepesche.) „Tempo“ schreibt, es scheint, daß die Regierungen der Verbündeten noch keine Entscheidung bezüglich Danzigs getroffen haben und auf genauere Einzelheiten über die in Spaa weiter stattfindenden Beratungen warten.

**Wien, 30. März.** (P. A. T.) Das Korrespondentenbüro meldet aus Weimar in der Frage der Landang der polnischen Truppen in Danzig: Marschall Foch richtete folgendes Telegramm an General Ribaut: Da ich bisher keine Antwort in der Angelegenheit des Transports der polnischen Truppen über Danzig erhalten habe, beauftrage ich Sie, die deutsche Regierung zur Entsendung eines Bevollmächtigten nach Spaa aufzufordern, wo auch ich eintreffen werde. General von Hammerstein wird gebeten, möglichst schnell den Namen des Bevollmächtigten und den Tag, an dem dieser Bevollmächtigte sich nach Spaa begeben wird, zu nennen.

Der Mörder Jaurès freigesprochen.

**Paris, 30. März.** (P. A. T. Havasdepesche.) Das Geschworenen-Gericht des Seine-Departements sprach den Mörder Jaurès, frei.

**Niederlage der Bolschewiki.**

**Paris, 29. März.** (P. A. T. Funkspiegel der Warschauer Station.) Aus Stockholm wird gemeldet: Aus Libau ist eine Nachricht eingetroffen, daß Bauske besiegt worden ist. Die Bolschewiki haben große Verluste erlitten. 150 Bolschewiki mit ihrem Führer gerieten in Gefangenschaft. Nördlich von Mitau zogen sich die Bolschewiki auf Olai zurück. Beim Verlassen Mitau führten die Bolschewiki etwa 1000 Einwohner, darunter Frauen und Kinder, mit sich, und zwar 700 Deutsche und 300 Letten. Bei Besetzung der Stadt töteten die Bolschewiki einige hundert Einwohner.

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter:

Hans Kriese, Lódz.

Druck: „Lodzer Freie Presse“, Petrikauer Straße 86.

**Thalia - Theater** Direktion: B. Szczęsny Montag, den 31. März 1919: Abends 7 Uhr. Zum letzten Male! 5 Einheitspreise: M. 8, 2, 1,50, 1,00 u. 50 Psz.

**„Heimat“**

Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Dienstag, den 1. April 1919:

Abends 7 Uhr.

**„Egmont“**

Tragödie in 13 Bildern von Goethe mit der Musik von Beethoven. Berühmtes Orchester, Leitung: Mußdiredktor Bronisław Schulz. In Vorbereitung:

**„Das Testament des Mr. Jogg“**

Reise um die Erde II. Teil

Blattverkauf täglich.

344

## Beschäftigungslöse verdiene ihren Tagesunterhalt

leicht und reell  
durch Betrieb leichtverdienlichen häuslichen Betriebsartikels,  
Betriebskapital nur 20 Mark.

Zu erfragen Wulczonkastr. 61, Woh. 40, von 1—3 Uhr nach-

## Blüsögarnitur

mit Büßerregal und Tisch, kostet zu verkaufen. Wulczonkastr. 160, Woh. 9. Vormittags zu be-

sichtigen. 978

Zu verkaufen:  
eine tadellose Blüsöder

Garnitur mit Büßerregal und Tisch, kostet zu verkaufen. Wulczonkastr. 160, Woh. 9. Vormittags zu be-

schauen. 978

**Graeb-Maschine**

Wulczonkastr. 78, Ab. 5, 5—8 Uhr nachmittags.

341